

Gemeinsame Stellungnahme der ÖH Uni Wien, der Fakultätsvertretung Jus, der Aktionsgemeinschaft Jus (AG Jus), des Verbandes Sozialistischer Student\_innen (VSStÖ), der Grünen und Alternativen Student\_innen (GRAS), der Jungen Liberalen Studierenden (Junos) und des Kommunistischen Student\_innenverbandes – Linke Liste (KSV Lili)

### **Studierende sind auch Teil der Uni Wien #watergate**

Für eine bessere und sofortige Kommunikation mit uns Studierenden

Im Zuge der Entdeckung gesundheitsgefährdender Bakterien im Leitungswasser am Juridicum sind auch viele andere Probleme aufgekommen, die insbesondere die Kommunikation mit uns Studierenden durch die Universität Wien betreffen. Die über 12.000 Personen, die am Juridicum studieren, wurden zuerst gar nicht und dann nicht ausreichend informiert. Nach Feststellung erhöhter Eisenwerte ergingen weder an die offiziellen Studierendenvertreter\_innen in der Fakultätsvertretung oder in der ÖH Uni Wien, noch direkt an die Studierenden Informationen darüber, dass Probleme bestehen und dass dem Wasser am Juridicum seit dem Sommer Rostschutzmittel beigemischt wird.

Als schließlich bei einer Wasserprobe durch die MA39 Ende Oktober auch noch ein gesundheitsgefährdendes Bakterium entdeckt wurde, informierte das Dekanat endlich die Fakultätsvertretung Jus über Probleme mit dem Wasser. Zu diesem Zeitpunkt erfuhren wir über Dritte vom dauerhaften Einsatz des Rostschutzmittels und den bereits seit Sommer bestehenden Problemen. Wäre uns diese Information nicht anonym zugeschickt worden, so wüssten die Studierenden wahrscheinlich bis heute nichts davon. Denn die Studierenden selbst erhielten von der Universität zu keinem Zeitpunkt eine direkte Information über den Einbau der Rostschutzmittel-Dosieranlage, den gefundenen gesundheitsgefährdenden Bakterienstamm oder mögliche gesundheitliche Folgen. Später ließ das Dekanat über die Medien ausrichten, dass es die Fakultätsvertretung angeblich im Sommer kontaktiert hätte und außerdem Warnschilder den Studierenden als Information reichen müssten. Gegenüber Studierendenvertreter\_innen versicherte das Dekanat allerdings, dass die Rostprobleme auch ihnen selbst erst seit Oktober bekannt seien. Es ist also fraglich inwiefern hier die angebliche Informierung der Studierenden und ihrer Vertreter\_innen überhaupt stattfinden hätte können.

Auf Grund einer – laut ORF – privat durchgeführten Wasserprobe ist Anfang Dezember wieder der Verdacht auf eine bakterielle Verseuchung des Warmwassers im Gebäude aufgetaucht. Daher erging diesbezüglich am 10.12.2015 eine E-Mail an die Mitarbeiter\_innen des Juridicums. Auch diesmal wurden die Studierenden nicht direkt über die vermutete Legionellen-Belastung in Kenntnis gesetzt. Fraktionen wurden teilweise informell von Institutsmitarbeiter\_innen benachrichtigt und die erwähnte E-Mail diesmal sofort an die Fakultätsvertretung gesendet, wodurch die Studierenden informiert werden konnten.

Für uns Studierende wird damit deutlich, welche Wertschätzung uns entgegengebracht wird. Nämlich keine. Nicht nur, dass die Studienbedingungen immer schlechter werden und die von der Regierung seit langem versprochenen 2% des BIP für Hochschulen noch immer nicht Realität sind, werden wir – die 90% im Hochschulbereich ausmachen – nicht einmal über konkrete Gesundheitsgefährdungen informiert. Diese Nicht- bzw. Schlechtinformation gegenüber uns Studierenden muss endlich aufhören! Schon eine E-Mail-Aussendung über den Massenmailverteiler direkt an alle Studierenden würde dem Informationsdefizit entgegenwirken.

Zudem scheint es zusätzlich auch beim Lüftungssystem im Juridicum Probleme zu geben. Zumindest die Lüftungsausgänge scheinen verschimmelt zu sein, daher verlangen wir auch eine ehestmögliche Überprüfung des Lüftungssystems. Die Ergebnisse dessen müssen, ebenso wie die Entwicklungen bezüglich des Trinkwassers, unverzüglich den Studierenden mitgeteilt werden. Sollte dies nicht erfolgen, behalten wir uns weitere Schritte vor. Denn die Gesundheit der Studierenden muss oberste Priorität haben. Die Universität hat in Angelegenheiten, die Studierende betreffen, die Pflicht uns alle sofort und umfangreich zu informieren.

